

Umweltprobleme des Borna-Leipziger Braunkohlereviere in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Kretschmer, Kerstin

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kretschmer, K. (1996). Umweltprobleme des Borna-Leipziger Braunkohlereviere in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. *Historical Social Research*, 21(2), 91-104. <https://doi.org/10.12759/hsr.21.1996.2.91-104>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Umweltprobleme des Borna-Leipziger Braunkohlereviers in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Kerstin Kretschmer'

Abstract: Not only up to 1990 the Southern area of Leipzig has been one of the regions of Europe with the most devastating environmental pollution, even today this area is charged with an enormous amount of disused dump. This article checks the main stages of development of this environmental destruction at the fields of brown coal in the Borna-Leipzig area during the first half of this century. Lack of raw materials during the First World-War led to an extensive mining of brown coal. In consequence villages were devastated, forests and land available for agriculture had to disappear, the water of rivers and other stretches of water were polluted, the air was charged with dust and toxic material; there was a pronounced lack of fresh water. The environmental pollution in this area grew with notable continuity, regardless of frontiers and political systems.

Der Leipziger Südraum gehörte bis 1990 zu den europäischen Gebieten, die die größten Umweltbelastungen aufwiesen. Allein der Kreis Borna war 1989 an den Emissionswerten mit 1336451 Staub, 6906591 Schwefeldioxid, 299481 Stickoxiden und 64 t Schwermetallen beteiligt.¹ Die eingeleiteten Strukturveränderungen seit 1990 verringerten den Ausstoß beträchtlich. Das Industriegebiet bleibt dennoch mit Altlasten umfangreichen Ausmaßes behaftet. Industriebrachen und kontaminierte Böden sind hier wie im gesamten mitteldeutschen Braunkohlegebiet zahlreich zu finden. Diese »Altlasten« betreffen nicht nur die ökologische Situation, sondern auch soziale Spannungen. Denn im wesentlichen sind die in Sanierungsgesellschaften teilweise aufgefangenen ehemaligen Arbeiter der Braunkohleindustrie heute damit beschäftigt, die Stätten ihres Wirkens abzutragen - eine sehr begrenzte Zukunftsperspektive.

* Address all communications to Kerstin Kretschmer, Donndorfstr 11, D-01217 Dresden.

Überarbeitete Fassung eines Vortrages, den die Verfasserin anlässlich des ZHSF-Workshops: 20 Jahre QUANTUM, vom 4.-7. Oktober 1995 in Köln, im Rahmen der Sektion Historische Umweltforschung, gehalten hat.

¹ Umweltbericht 1991, Freistaat Sachsen, Dresden 1991, S. 71f.

Daß die vorbehaltlose Ausnutzung der Braunkohle als Energieträger und als Rohstoff für die Chemieindustrie in der DDR Ursache für die heute so schwierige Situation in diesem Landstrich darstellt, ist allgemein bekannt. Die historische Perspektive der aktuellen Diskussionen reicht indessen nur wenige Jahrzehnte zurück, obwohl die Braunkohlengewinnung wie auch deren Verarbeitung hier schon eine lange Tradition haben, die bis in das vorige Jahrhundert zurückreicht.

Lange Zeit war diese Gegend von relativem Wohlstand geprägt. Neben einigen kulturhistorisch bedeutenderen Städten wurde die Landschaft vor allem von überaus zahlreichen kleinen Dörfern bestimmt, deren Existenz und Lebensrhythmus insbesondere von dem weitverzweigten natürlichen und künstlich angelegten Wassersystem abhing. Obwohl die Bevölkerungsdichte in diesem Raum im Vergleich mit anderen sächsischen Gebieten nicht sehr hoch war, finden sich außerordentlich viele, aber eben sehr kleine Ortschaften. Siedlungen mit 100 bis 200 Einwohnern, die häufig nur 1 km voneinander entfernt waren, reihten sich perlenschnurartig entlang der Wasserläufe. Jahrhundertlang gehörte das Gebiet südlich von Leipzig zu den fruchtbarsten Sachsens. Große Flächen waren mit Lößlehm bedeckt, der vor allem westlich der Elster sowie im Süden von der Landesgrenze her bis Bösdorf und Eythra vorkam.² Deshalb befand sich hier eines der bedeutendsten Getreideanbaugebiete Sachsens. Zwischen 30 und 40% der landwirtschaftlich genutzten Fläche wurden für Brotgetreide genutzt. Nach der Lommatzscher Pflege, wo auf über 28% der landwirtschaftlichen Nutzfläche Weizen angebaut wurde, war die Gegend das zweitgrößte Weizenanbaugbiet mit immerhin über 20% Anteil.³ Insulare Industrieansiedlungen gab es neben der traditionellen gewerblichen Struktur etwa seit Mitte des vorigen Jahrhunderts. Für erste Auseinandersetzungen sorgte dabei vor allem die Textilindustrie mit ihren sichtbaren Wasserverschmutzungen. Auch die rasant wachsende Großstadt Leipzig sorgte mit ihren Abwässern für zahlreiche Beschwerden, die zu Auseinandersetzungen zwischen Sachsen und Preußen führten, da Leipzig seit 1815 unmittelbar an der Landesgrenze lag. Obwohl seit 1894 eine umfangreiche Kläranlage aufgebaut wurde, verschlechterte sich nach vorübergehender Besserung insbesondere der Zustand der Weißen Elster und der Luppe. Bereits 1896 hatten die Gemeinden, die unterhalb Leipzigs an diesen Gewässern lagen, in einer Petition geklagt: »Die Luppe, welche allein mindestens 75% sämtlicher Schleusenwässer der Stadt Leipzig in sich aufnehmen muß, verbreitet nach wie vor, hauptsächlich aber in den heißen Sommermonaten einen infernalisch stinkenden Geruch und verpestet im wahren Sinne des Wortes die Luft«⁴

² Arno Frhr. v. Hammerstein, *Die Entwicklung der Landwirtschaft in Nordwestsachsen und ihre Beziehungen zum Braunkohlenbergbau*, Diss. Leipzig, 1933 S.

³ Ernst Neef, *Studien zur Landwirtschaftsgeographie von Sachsen*, Dresden 1935, S. 31 ff.

⁴ StA Leipzig, AH Borna Nr. 3963, Bl. 46.

Das städtische Abwassersystem war derart überlastet, daß es zu massiven Beschwerden auch der preußischen Unterlieger an der Weißen Elster und der Luppe kam. »Die Stadt Leipzig und die Vororte von Leipzig senden in die Preußische Weiße Elster und in die Preußische Luppe fäulnisserregende Stoffe in solcher Menge und solcher Beschaffenheit, daß die Wohnverhältnisse in den unterliegenden preußischen Landesteilen auf das Allerschlimmste gefährdet werden. Es besteht bereits seit Jahren eine Klage der dortigen Bevölkerung darüber, in welcher Weise sie unter den Abflüssen der Stadt Leipzig zu leiden hat.«

Die entscheidenden Umweltverschmutzungen jedoch, die das Gebiet bis in die jüngste Vergangenheit charakterisierten, hingen mit der Entwicklung der Braunkohlenindustrie zusammen. Etwa seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts wurde Braunkohle südlich von Leipzig abgebaut. Aufgrund der muldenförmigen Ablagerung der Kohle, die dort, wo sie das mächtigste Flöz entwickelt hatte, auch am tiefsten lag, war sie zuerst in den Randbecken des Kohlevorkommens entdeckt worden und konnte mit sehr einfachen Mitteln im Tagebau gewonnen werden. Diese Kohle, die zu Streichziegeln oder seit den 80er Jahren auch zu Naßpreßsteinen verarbeitet wurde, hatte ausschließlich für den lokalen Markt Bedeutung. Die Gruben waren entsprechend klein, Abraum auch wegen der geringen Deckgebirgsschicht kaum vorhanden. Zumindest bestand er aus kulturfähigem Material. Von einer Beeinträchtigung der Umwelt kann man demgemäß nicht sprechen. Da überdies in der Regel der Grundeigentümer den Bergbau betreiben ließ und der Kapitaleinsatz damit gering bleiben mußte, war eine entscheidende Veränderung in der Technologie auch nur schwer möglich.⁵ Das änderte sich in dem Maße, wie der Braunkohlenbergbau industrialisiert wurde. Insbesondere vom großindustriellen Ausbau, wie er während des Ersten Weltkrieges einsetzte, gingen die ersten wirklich entscheidenden Beeinträchtigungen aus.

In ganz Deutschland verstärkten sich in dieser Zeit die Bemühungen, die Montanindustrie und andere kriegswichtige Bereiche bevorzugt zu entwickeln. Einen bedeutenden Einschnitt im Untersuchungsgebiet stellt die Aufnahme der chemischen Verarbeitung dar. Zur Versorgung der deutschen Flotte war eine erhebliche Steigerung der Heizölgewinnung aus Braunkohle vorgesehen. Diesem Zweck dienten die 1916 bis 1918 errichteten Werke der Deutschen Erdöl Aktiengesellschaft (DEA) in Regis und Ramsdorf, die für Rüstungsaufträge des Reichsmarineamtes produzierten. Deshalb hatte die DEA auch staatliche Förderung bei der Errichtung der Werke genossen. Das Staatssekretariat des Reichsmarineamtes forderte die Behörden dazu auf, den Bau der Anlagen nach Kräften zu fördern und alle diesbezüglichen Angelegenheiten beschleunigt zu behandeln.⁶

⁵ Noch 1896 gab es unter den Werken der beiden Amtshauptmannschaften Leipzig und Borna nur 2 Aktiengesellschaften.

⁶ StA Leipzig, Stadt Regis-Breitingen Nr. 257, Bl. 58.

Nicht nur aus der Sicht der Politischen Geschichte oder der Wirtschaftsgeschichte, sondern auch umweltgeschichtlich stellt diese Zeit eine bedeutende Zäsur dar, da nun zu den Problemen der Braunkohlengewinnung (Entzug landwirtschaftlicher Nutzfläche, Grundwasserabsenkung) auch die Probleme ihrer Weiterverarbeitung auftraten. Mit der neuen Industrie trat auch eine qualitativ neue Stufe der Umweltbeeinträchtigung ein. Die Schadensbilder dehnen sich auf das Umweltmedium Wasser aus. Die Flußläufe, die bereits durch die Abwässer der Gruben und Brikettfabriken mechanisch verunreinigt wurden, hatten jetzt noch die Last der chemischen Abprodukte aufzunehmen, die vor allem in Fettsäuren und Phenolen bestand.

Fast periodisch traten immer wieder Fischsterben auf. Die Qualität des Abwassers der Regiser Anlagen wurde 1921 so beschrieben: »Geruch stark teerig. Farbe braun. Trübe, auch nach Filtrieren nicht klar werdend.«⁷ Von der Landesstelle für öffentliche Gesundheitspflege in Dresden im Mai 1923 untersuchte Proben von 4 verschiedenen Abflußgräben des Regiser Werkes wiesen neben beträchtlichen Mengen an Ammoniak auch zwischen 13,52 und 98,09 g/l Phenole und Kresole auf.⁸ An diesem Befund änderte sich auch 1924 nichts wesentliches, obwohl seit 1922 Versuche in Regis liefen, das Schwelwasser einzudampfen. Der Erfolg ließ aber sehr zu wünschen übrig, immerhin arbeitete die Anlage mit 48 Generatoren, von denen jeder nach der Technologie täglich 15 t Schwelwasser produzierte.⁹ So wurde außerdem ein Teil der Abwässer durch Abgase im Schornstein verdampft und ein größerer Teil mit der Generatorasche getränkt und in ausgekohlte Gruben verbracht.¹⁰ Sowohl das Verkippen in stillgelegte Gruben als auch das Ablassen durch den Schornstein entlasteten zwar unmittelbar die Vorfluter, verlagerten aber das Problem nur auf andere Umweltkompartimente.

Die Argumentation der Werksleitung auf ein von der Amtshauptmannschaft erlassenes Einleitungsverbot ist symptomatisch für die damaligen Auseinandersetzungen um Umweltprobleme. Das erlassene Verbot wurde als »überaus hart und industrie-feindlich« bezeichnet. »Ein Wasser wie die Pleiße, das durch eine so volk- und industrie-reiche Gegend fließt, wird stets notgedrungen schlechtes Wasser führen müssen, wie die Wässer ... in Oberschlesien und der Emscher und Ruhr in Westfalen u.a.m., beweisen. Entweder findet man sich mit den Wasserschwierigkeiten, die durch die Industrie hervorgerufen werden, ab, oder man verbietet eben jegliche Industrie.«, heißt es im Rekurs des Werkes.¹¹

Es ist interessant, daß der Zustand der Flüsse in Oberschlesien und dem Ruhrgebiet hier zum Freibrief dafür werden sollten, die Gewässer in gleicher

⁷ Staatsarchiv Leipzig (StAL), AH Leipzig Nr.3970, Bl. 3.

⁸ StA Leipzig, AH Borna Nr. 7589, Bl. 112 f.

⁹ Ebenda, Bl. 109.

¹⁰ Ebenda, AH Borna Nr. 7590, Bl. 35 ff.

¹¹ Ebenda, Bl. 156.

Weise zu belasten. Tatsächlich war z. B. die Emscher schon seit Ende des 19. Jahrhunderts stark von industriellen und häuslichen Abwässern belastet, daß die Verhältnisse nicht mehr tragbar waren, was letztlich 1904 zur Gründung der Emschergenossenschaft führte.¹² Diese verhinderte nicht, daß der Fluß zu einem offenen Abwassersammler wurde und von wirksamer Klärung nicht die Rede sein konnte. Die Schadensbilder dehnten sich dagegen bis zum Rhein aus. Die Mineralölwerke hatten offenbar die Intention, aus der Pleiße ebenfalls einen Abwasserkanal zu machen.

Der Rekurs der Werke wurde aber von der Kreishauptmannschaft Leipzig mit dem Hinweis zurückgewiesen, daß der Vergleich mit den beiden anderen Industriegebieten fehlginge. »Der Gemeingebrauch der Pleiße kann noch erhalten werden.«, wurde betont¹³ Dabei muß man berücksichtigen, daß sich die Industrie des Leipziger Südraumes in Größenordnungen von der des Ruhrgebietes unterschied. Schäden wie die durch Phenole waren in Sachsen ein neues Phänomen, während das Rheinisch-Westfälische Industriegebiet schon im 19. Jahrhundert eine Vielzahl von Zechen mit angeschlossenen Verwertungsbetrieben besaß. Für die sächsischen Verwaltungsbehörden war zu dieser Zeit von großem Vorteil, daß als Verursacher noch relativ wenige Betriebe in Frage kamen. Sie hätten dadurch besser haftbar gemacht werden können. Zu grundsätzlichen drastischen Maßnahmen kam es aber nicht. Zwar gab es mehrfach angedrohte Geldstrafen, die DEA konnte aber letztlich immer das Argument als einer der größten Arbeitgeber der Region für sich geltend machen.

Mit dem Ersten Weltkrieg ebenfalls in engem Zusammenhang steht der Ausbau der Elektrizitätsgewinnung in Deutschland. Das Goldenbergkraftwerk im Rheinland (1913 gebaut) war seinerzeit das größte Dampfkraftwerk Europas. Es ging Anfang 1914 mit 30.000 kW in Betrieb und wurde während des Krieges für die Stromlieferung an energieintensive Produktionszweige ausgebaut. In Golpa-Zschornowitz (bei Bitterfeld) entstand 1915 innerhalb von 10 Monaten ebenfalls ein Großkraftwerk, das den hohen Energiebedarf der Kalkstickstoffherstellung decken sollte. Da die Einfuhr von Chilesalpeter ausfiel, sollte diese Produktion helfen, den enormen Stickstoffbedarf für die Herstellung von Munition zu decken. Das Kraftwerk ging am 15.12.1915 mit 180.000 kW als nunmehr größtes Dampfkraftwerk der Welt ans Netz.

Etwa zur gleichen Zeit wurden in Sachsen Überlegungen angestellt die Elektrizitätsgewinnung zu zentralisieren und zu verstaatlichen. Unter dem Druck der Kriegsproduktion sollten auch hier größere Energieressourcen für die Aluminium- und Stickstoffproduktion erschlossen werden. Auch nach dem Krieg, als die Kohle- und Energiesituation gespannt blieb, wurden die Pläne aufrechterhalten. Zur Durchsetzung der ehrgeizigen Energiepläne benötigte man enorme Mengen an Braunkohle. Deshalb begann 1921 der Aufschluß des

¹² F.-J. Brüggemeier, Th. Rommelspacher, *Blauer Himmel über der Ruhr. Geschichte der Umwelt im Ruhrgebiet 1840-1990*, S.94ff.

¹³ StA Leipzig, AH Borna Nr. 7590, Bl. 164.

Böhlener Tagebaues. Damit in engem Zusammenhang steht eine große organisierte Protestwelle, denn vom Einzugsgebiet des Tagebaues bedroht war die Harth, ein ca. 760 ha großer Wald vor den Toren Leipzigs, der in der allgemein waldarmen Gegend eine besondere Bedeutung besaß.

Die nach der Harth zu oder direkt an ihr gelegenen Ortschaften hatten sich wegen ihrer bevorzugten Lage schon seit längerem zu Trabantensiedlungen für wohlhabende Leipziger Familien entwickelt. Deshalb hatten die Bewohner auch keinen Grund, dem drohenden Kohlenabbau vielleicht doch eine positive wirtschaftliche Seite abzugewinnen, wie es in einer ärmeren Gegend eventuell der Fall gewesen wäre. Insofern hatten sie die Möglichkeit, kurzfristige ökonomische Vorteile zu verachten.

Der Baubeginn des Braunkohlen- und Großkraftwerkes 1923 ließ keinen Zweifel mehr daran, daß Kohle in großen Mengen und auf lange Sicht durch den Böhlener Tagebau geliefert werden mußte, was die Devastierung der Harth in greifbare Nähe rückte. Für die Lebensfähigkeit der südlichen Leipziger Vororte war dies aber eine entscheidende Frage. Die Harthdiskussion erlangte eine solche Intensität, daß sie in der ersten Hälfte der 20er Jahre den sächsischen Landtag immer wieder beschäftigte. Der Höhepunkt der Auseinandersetzungen war 1925, als bekannt wurde, daß der Staatsforst durch das Übertragungsgesetz vom 30. Januar 1924 endgültig in das Eigentum der Aktiengesellschaft Sächsischer Werke (ASW) übergegangen war, ohne daß der Landtag hierzu seine Zustimmung gegeben hatte. Es ist mehrfach darauf verwiesen worden, daß die Harthdiskussion der 20er Jahre von politisch rechts stehenden Kreisen instrumentalisiert wurde, um gegen das »staatssozialistische« Unternehmen ASW eine Hetzkampagne zu entfachen.¹⁴ Es ist auch unbestreitbar, daß die private Braunkohlenindustrie sich durch die Konkurrenz des staatlichen Werkes bedroht fühlte und dagegen opponierte, so oft es nur möglich war.¹⁵ Ebenso hatten die Steinkohleninteressenten Sachsens allen Grund, die Konkurrenz durch die Braunkohle zu fürchten, zumal mittels beträchtlicher finanzieller Aufwendungen modernste Verwertungsmethoden eingeführt wurden. Allerdings dürfte der Wert, den der Wald für die Leipziger Bevölkerung besaß, unbestreitbar sein. Das war wohl auch einer der Gründe, warum die Harthfrage eine beispiellose Massenmobilisierung erreichte. Ein anderer ist darin zu suchen, daß ausgerechnet der Verleger der »Leipziger Neuesten Nachrichten« als Villenbesitzer am Harthrand vom Abbau persönlich betroffen war und seine auflagenstarke Zeitung für die Proteste zur Verfügung stellte. Im Frühjahr 1925 fanden in Leipzig und Umgebung zahlreiche Kundgebungen zum Schutz der Harth statt. Außerdem kam es in Leipzig und Umgebung auch zu Filmvorführungen über

¹⁴ »Der Kampf um die Erhaltung der Harth war demnach in erster Linie ein Kampf gegen die ASW, gegen die Konkurrenz des Staates für das Privatkapital.« Fritz Hönsch in Sächs. Heimatbl. 2,1966, S.144.

¹⁵ So genoß die ASW Steuervorteile, ein Umstand, der zu heftigen Auseinandersetzungen führte.

die Harth, ein offener Brief an den Finanzminister Reinhold wurde in 33000 Exemplaren in der Stadt verteilt.¹⁶

Zu Pfingsten 1925 wurde ein Ausflug in die Harth organisiert, um eindrucksvoll den Willen zum Erhalt des Forstes zu demonstrieren. »Das Dorf Zeschwitz, das im Falle der Harthabholzung als erstes zum Opfer fällt, konnte die Teilnehmer kaum fassen. Die beteiligten Stellen dürften durch diese Massenkundgebung, wie sie Leipzig noch nicht gesehen haben dürfte, darin bestärkt sein, daß unser Kampf um die Erhaltung der Harth um der Harth willen geführt wird und weil die gesamte Einwohnerschaft Leipzigs und Umgebung ihn führt auch zum Ziel gelangen muß«, berichtet der Leipziger Bürgerbund über die Veranstaltung, die von Deutschnationalen und anderen konservativen Kreisen dominiert wurde.¹⁷ Nach diesen spektakulären Veranstaltungen und mehrfachen Diskussionen im Landtag wurden Verhandlungen mit dem Zweckverband Groß-Leipzig und anderen Bürgervertretungen anberaumt. In einem Vertrag wurde zugesichert daß bis zur Harthdevastierung im Leipziger Raum Ersatzpflanzungen angelegt würden, die auch für die Öffentlichkeit zugänglich sein sollten. In den 20er Jahren dafür vorgesehene Gelände fiel aber größtenteils dem exzessiven Braunkohlenabbau in den Kriegsjahren zum Opfer.

Mit der Ausdehnung der Tagebauflächen geriet der Braunkohlenbergbau auch immer stärker in Konflikt mit landwirtschaftlichen Interessen. Ganz besonders spitzten sich die Auseinandersetzungen hier ebenfalls in den 20er Jahren zu. Zwei wichtige Gründe sind dafür zu nennen. Einerseits liegt die Ursache im Voranschreiten des Abbaus. Die ersten Großtagebaue, die etwa um die Jahrhundertwende eingerichtet worden waren, hatten bereits erhebliche Areale ausgekohlt, die nun weiterer Verwendung harren. Andererseits nahmen die Werke für die Gewinnung andere Flächen, die bisher landwirtschaftlich genutzt wurden, in Besitz. Bei der schlechten Ernährungslage der Bevölkerung in der Nachkriegszeit mußte dies nicht nur die unmittelbar betroffenen Bauern auf den Plan rufen, sondern auch breiteren Bevölkerungsschichten ein Dorn im Auge sein.

Das Problem der konkurrierenden Bodennutzung verlangte nach regulierenden Maßnahmen. Mitte der 20er Jahre wurde das Problem akut die Interessensphären der großen Braunkohleunternehmen abzugrenzen und gleichzeitig Städten und Gemeinden mit langfristig gültigen Entwicklungsperspektiven zu versehen.

Um langfristig die Interessensphären abzugrenzen, wurden Flächenaufteilungspläne in Auftrag gegeben. Der besonders vordringliche Flächenaufteilungsplan für das Bornaer Braunkohlenrevier wurde 1928 in Angriff genommen. Dieses Gebiet umfaßte eine Fläche von ca. 46.000 ha auf der 1925 etwa 100.000 Menschen in 140 Gemeinden lebten.¹⁸ Die vorherrschende Industrie

¹⁶ **Tätigkeitsbericht des Leipziger Bürgerbundes auf das Jahr 1925, erstattet von der Geschäftsführung S.IOf.**

¹⁷ **Leipziger Bürgerbund, Nr.8 1925, S.158.**

¹⁸ **Die Landesplanung ... a.a.O., Folge 2, S.14.**

beruhte auf den vorhandenen Bodenschätzen. Neben dem größten Werk, dem Braunkohlen- und Großkraftwerk Böhlen gab es hier 11 Großbrikettwerke mit einer Jahresproduktion von etwa 2.9 Mio t.¹⁹ Problematisch erschien die landschaftliche Beeinträchtigung des Gebietes, so daß in den Flächen- und Siedlungsplänen der Gemeinden auch die erforderliche Grün- und Waldflächenplanung einbezogen werden sollte. Da es notwendig erschien, »die Bevölkerung dieser Gegenden vor den gesundheitlichen Gefahren solcher industrieller Zusammenballung zu schützen«, wurde am 14.2.1928 eine Begehung des Plangebietes vorgenommen, an der neben der Amtshauptmannschaft Borna und der Kreishauptmannschaft Leipzig auch der Landesverein Sächsischer Heimatschutz teilnahm. Dabei kam man zu dem Ergebnis, daß die natürlichen Grünadern entlang der Wasserläufe zu sichern seien und dort Wanderwege angelegt werden könnten. Ein außerordentlich bemerkenswertes Ergebnis war die Erkenntnis, daß die vorhandenen Grünbestände zu einem zusammenhängenden Organismus zu verbinden seien. Das bisher hervorstechende Merkmal landschafts- und naturschützerischen Vorgehens war die meist isolierte Betrachtung von Naturdenkmälern, wie sie z.B. im Schutz besonders alter Bäume oder Baumgruppen, eines Moores oder einer Wiese mit einzigartigen Pflanzenbeständen u.a. zum Ausdruck kamen.

Eine weitere Zäsur in dem Ausmaß der Umweltbeeinträchtigungen muß dann Mitte der dreißiger Jahre gesetzt werden, wo im Zuge der Kriegsvorbereitung und der Autarkiepolitik insbesondere wiederum die Mineralölgewinnung vorangetrieben wurde. Allein der Bau und die Erweiterung der Anlagen sowie der Neuaufschluß von Tagebauen bedeutete einen Strukturwandel des Leipziger Südraumes, der alles bis dahin dagewesene übertraf. Die Belegschaft des Böhleiner ASW-Werkes erhöhte sich z.B. von 1400 Beschäftigten 1935 auf 5680 im Jahre 1943.²⁰

Der durch die Landesplanung aufgestellte Flächennutzungsplan für den Bornaer Braunkohlenbezirk war vom Sächsischen Ministerium des Innern am 16.07.1935 gebilligt worden.²¹ Bei der Interessenabgrenzung hatte man besonders Wert darauf gelegt, die Bautätigkeit der Kommunen auf die Ortslagen zu beschränken. Trotzdem kam es in den folgenden Jahren häufig zu Veränderungen, die fast ausschließlich im Interesse des Bergbaus vorgenommen wurden. »Die damals noch nicht absehbare Bedeutung der Braunkohle für die Wehrfreiheit und - in neuester Zeit - für die Kriegswirtschaft hat diese Abgrenzung in manchen Fällen zugunsten der restlosen Gewinnung der Braunkohle sogar noch in Wegfall kommen lassen, so daß mit dem Abbruch ganzer Ortschaften gerechnet werden muß.« heißt es dazu in einer Denkschrift der Landesplanung

¹⁹ Bericht über den Flächennutzungsplan für das Bornaer Braunkohlengebiet zur 4. Sitzung des Hauptausschusses für die Aufstellung des Siedlungs- und Wirtschaftsplanes für das westsächsische Braunkohlengebiet, am 6. Juni 1928, S.4.

²⁰ StA Leipzig, ASW Böhlen Nr. 1187, Bericht über das Braunkohlenwerk Böhlen S.7.

²¹ SHStA Dresden, KH Leipzig Nr. 4162.

Leipzig.²² Dabei ging es meist nicht um sofortige Devastierungen, da die existierenden Werke über umfangreiche Kohlenfelder verfügten, sondern um perspektivische Planungen über die weitere Entwicklung der Abbaurichtung und -geschwindigkeit. Auf diese Weise wurde bereits seit längerem geplant, daß zahlreiche Ortschaften dem Kohlenabbau weichen mußten.

Die meisten von ihnen wurden den Plänen gemäß tatsächlich abgerissen, wenn auch unter gänzlich anderen politischen Bedingungen. So waren die Planungen für den Abriß der Orte Rüben und Zehmen bereits 1940 abgeschlossen als sie am 18.9.1940 zu Bergbauflächen erklärt wurden. Die Devastierung war für Rüben ca. 1953 und für Zehmen ca. 1958 vorgesehen.²³ Tatsächlich wurden die Dörfer zwischen 1956 und 1958 abgerissen. Die Landschaftszerstörung erfolgte über die Grenzen politischer Systeme hinaus mit beachtenswerter Kontinuität. Der Ort Witznitz wurde zum ersten Fall im Bornaer Braunkohlenrevier, in dem eine ganze Ortslage dem Kohlenabbau zum Opfer fiel. Die Beseitigung des Dorfes wurde innerhalb weniger Jahre beschlossen und ausgeführt. Die DEA hatte am 11.02.1938 beim Ministerium für Wirtschaft und Arbeit beantragt den Ort Witznitz für Kohleabbauzwecke freizugeben, da die Entwicklung des Tagebaus Witznitz zum Großtagebau durch diesen Ort und den Wyhrafluß behindert würde. Die durch den Vierjahresplan bedingte Fördersteigerung ließe sich nur durch den Abbau der Ortslage erreichen. Insgesamt rechnete man mit 4,8 Mio t Kohle. Es war klar, daß die Beseitigung des Ortes noch auf große Schwierigkeiten stoßen würde, deshalb wurde um Unterstützung durch das Ministerium gebeten.²⁴ Immerhin hatte Witznitz 508 Einwohner, und noch eine gewachsene, intakte Infrastruktur, wenn auch die meisten Bauern bereits nicht mehr Eigentümer, sondern nur noch Pächter ihrer Grundstücke waren.²⁵ Die Witznitzer Einwohner und Gemeindevertreter sahen ihre Zukunft nach der Kohle sehr skeptisch, und kämpften um die Erhaltung des Ortes. Um in den Verhandlungen im Interesse der DEA rasch weiterzukommen, wurde daher deren Vorschlag aufgegriffen und die kurzfristige Eingemeindung von Witznitz nach der Stadt Borna betrieben, von deren Seite man sich eine entgegenkommendere Haltung versprach, da Borna schon seit längerem unabhängig von der DEA an der Eingemeindung von Witznitz interessiert war. Folgerichtig konzentrierte sich nun der ganze Widerstand der Witznitzer darauf, die Eingemeindung zu verhindern. Mehrere Verhandlungen zwischen Borna und Witznitz seit Februar 1939 waren bereits erfolglos ausgegangen, obwohl den Witznitzern eine Anzahl von Vorteilen versprochen wurde. Der Landrat erklärte daraufhin, »die Zustimmung zum Eingemeindungsvertrag sei von dem jetzigen Gemeindeleiter nicht zu erreichen. Es sei erwogen, einen Staatskommissar dafür einzusetzen. Jedenfalls werde Sorge getragen werden, daß die

²² StA Leipzig, BKW Borna Nr. 109.

²³ SHStA Dresden, KH Leipzig 4161.

²⁴ Stadtarchiv Borna, Stadtverwaltung Borna Nr.19 vorläufige Registratur (1326), B1.5

²⁵ SHStA Dresden, KH Leipzig 4161.

Eingemeindung noch rechtzeitig vor sich geht ...«.²⁶ Diese Möglichkeit war nach Erlaß der Deutschen Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 gegeben, nach der es keine gewählten Gemeindevertreter mehr gab und der Bürgermeister »von oben« eingesetzt wurde. Die Eingemeindung wurde am 19. August 1940 mit Wirkung vom 1.10.1940 »aus Gründen des öffentlichen Wohls« durch den Reichsstatthalter in Sachsen, Martin Mutschmann, vollzogen.²⁷ Der Ort Witznitz verschwand 1941.

Im Zentrum der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik für den Leipziger Südraum stand die Treibstoffgewinnung. Die Braunkohle-Benzin Aktiengesellschaft (Brabag) Böhlen nahm Anfang 1936 den Betrieb auf, noch vor Verkündung des Vierjahresplanes, in dem dann von Hitler gefordert wurde, binnen 18 Monaten den Ausbau der deutschen Brennstoffherzeugung zum Abschluß zu bringen.²⁸ Die Verunreinigung der Wasserläufe wurde mit der Inbetriebnahme der chemischen Braunkohlenverwertung zu einem ernsthaften und andauernden Problem. Neben den geschädigten Fischereibetrieben, die bereits durch die Wasserverschmutzung in den 20er Jahren immer wieder geschädigt worden waren, betraf es jetzt auch verstärkt Gewerbebetriebe, die den Zustand der Pleiße nicht mehr tolerieren konnten. Das Wasserbauamt Leipzig berichtete z.B. über ein großes Fischsterben am 21.7.1936: »Sämtliche Rechen mußten den ganzen Tag über gereinigt werden, damit die toten Fische nicht noch mehr üblen Geruch verbreiten.«²⁹ Es wurde geschätzt, daß ca. 60-70 Zentner toter Fische in Leipzig angeschwemmt wurden. Nach heftigen Protesten der Stadt Leipzig vorgenommene Messungen ergaben am Auslauf der ASW eine Konzentration von 70 mg/l Phenol.³⁰ Wenn auch solche Konzentrationen die Ausnahme waren, verminderte sich die Wasserqualität stetig. Das Gaschwitzer Gemeindebad mußte geschlossen werden, andere Bäder stellten ihre Wasserversorgung mit großem finanziellen Aufwand auf Leitungswasser um.

Zu einem Rückhalten der Phenole sollte es erst nach einer weiteren bedeutenden Kapazitätserweiterung des Böhlener Schwelwerkes und der Errichtung eines Braunkohlengaswerkes kommen. Im Zusammenhang mit der Errichtung des Braunkohlenwerkes Espenhain wurde ein Phenoplastwerk aufgebaut. Diese Harz- und Preßmassenfabrik zählte 1940 ebenfalls im Kriegsinteresse zu den besonders dringlichen Bauvorhaben.³¹ Zur Lieferung entsprechender Phenolmengen hatte die ASW mit verschiedenen Phenolgewinnungsverfahren experimentiert. Dazu war im Werk Hirschfelde 1937/38 eine Versuchsanlage zur Verdampfung und anschließender Extraktion mit Natronlauge eingerichtet worden. Da auch das nicht den gewünschten Erfolg brachte, wurden Versuche zur

²⁶ Stadtarchiv Borna, Stadtverwaltung Borna Nr.19 vorl. Reg. (1326) B1.38.

²⁷ Ebenda, Bl. 53.

²⁸ VJHZ Nr.3 (1955), S.184-203.

²⁹ StA Leipzig, AH Borna Nr.7359 B1.8

³⁰ Ebenda, B1.43.

³¹ SHStA Dresden, KH Leipzig Nr.4201.

Ausdampfung gemeinsam mit der Firma Koppers fortgesetzt. Das dabei eingeführte Dampfumlaufverfahren, wurde ab Dezember 1939 großtechnisch erfolgreich angewendet.³²

Hier liegt ein weiterer Fall dafür vor, daß aus zunächst lästigen Abfallstoffen Ausgangsstoffe für neue Industrien werden, ohne daß deshalb die Umweltproblematik gelöst werden könnte. Abgesehen von der Verlagerung von Umweltproblemen auf andere Industrien zeigte sich auch hier bald, daß die Belastungen der Flüsse zwar relativ verringert wurden, durch die enorme Steigerung der Produktion letztlich aber absolut stiegen. Die Erweiterung der Schwelerei von 1939 bis 1941 um etwa ein Drittel ihrer bisherigen Kapazität erfolgte mit der Anlage der neuen Entphenolungsanlagen, so daß auch die Phenolausbeute auf das Dreifache stieg. Später wurde auch eine biologische Kläranlage nachgeschaltet, so daß bis 1942 die Abwasserreinigung der ASW (auch das neue Werk Espenhain erhielt eine biologische Kläranlage) sicher die modernste im Untersuchungsgebiet war und vermutlich auch darüber hinaus kaum leistungsfähigere Anlagen existierten. Gleichwohl kam es immer wieder zu schweren Zwischenfällen, insbesondere nach Betriebsaufnahme des Werkes Espenhain. Am 20.6.1941 suchte die ASW z.B. um Genehmigung zur Einleitung von phenolhaltigem Wasser in die Pleiße nach, obwohl der festgelegte Grenzwert deutlich überschritten wurde.³³

Der Zustand der fließenden Gewässer sowie der ständig steigende industrielle Wasserbedarf hatten letztlich die Werke selbst in eine bedrückende Situation gebracht. Die unhaltbaren Zustände sollten durch die Bildung des Weißelsterverbandes durch Verordnung vom 23.7.1934 verändert werden. Dem Weißelsterverband oblag die Überwachung der Abwasserreinleiter, gegebenenfalls hatte er die Ab- oder Flußwasserreinigung zu übernehmen, womit seine Zuständigkeit weit über die bisherigen Wassergenossenschaften hinausreichte. Der Verband hatte seinen Sitz in Gera, er umfaßte nicht nur das sächsische, sondern auch das thüringische und preußische Einzugsgebiet. Bereits am Oberlauf wurde die Weiße Elster von tschechischen und deutschen Textilbetrieben verschmutzt, im thüringischen Braunkohlengebiet mußte sie ebenfalls eine große Abwasserfracht aufnehmen, mit Eintritt in das nordwestsächsische Revier wurde sie abermals zu einem Abwassersammler. Nach verwaltungstechnischen Vorarbeiten wurde deshalb seit 1935 z.B. ein engmaschiges Flußüberwachungssystem in 7 Überwachungsbezirken eingeführt³⁴ 1937 wurden 7900 Fluß- und Abwasserproben entnommen.³⁵

Da mit der Planung eines weiteren Großbetriebes in Espenhain der Wasserverbrauch weiter enorm steigen mußte, wurde ein Projekt ausgearbeitet das langfristig die Versorgung mit brauchbar sauberem Wasser sichern sollte. An

³² **StA Leipzig, Brabag Böhlen Nr.1938 II-4-b/8.**

³³ **StA Leipzig, ASW Espenhain Nr. 136.**

³⁴ **Gesundheitsingenieur. Zeitschrift für die gesamte Städtehygiene, Heft 1/1938 S.14.**

³⁵ **Weißelsterverband. Jahresbericht 1937, S. 6.**

der Pleiße wurde ein Stausee angelegt. Das Wasser wurde in einem 1,8 bis 2 Millionen m³ umfassenden See durch eine durchschnittliche Aufenthaltsdauer von 14 Tagen biologisch aufbereitet. Baubeginn war Ende Januar 1938. Für März 1939 war die Inbetriebnahme vorgesehen, zog sich aber wegen Arbeitskräftemangel bis zum Sommer 1940 hin.³⁶

Der Stausee brachte eine spürbare Verbesserung der Wasserqualität. So konnte z.B. der Sink- und Schwebstoffgehalt um 78 % gesenkt werden.³⁷ Es darf aber dabei keineswegs unterschlagen werden, daß allein die Anlage des Stausees eine tiefgreifende Veränderung der Landschaft darstellte. Für das Projekt mußte ein ca. 45 ha großer Wald weichen und das in einem Gebiet, das an Baumbestand ohnehin nicht besonders reich und von großindustriellen Anlagen umschlossen war. Das ist insbesondere deshalb von Bedeutung, weil seit den 30er Jahren auch die Luftverschmutzung einen ersten Höhepunkt erreicht hatte. Seit dem Ausbau des Böhlener Werkes zum Großkraftwerk mit Braunkohlenstaubfeuerung hatten die Anwohner häufig Grund zu klagen.

Mit der Kapazitätserweiterung des Standorts Böhlen im Interesse der Kriegsvorbereitung und der Erzeugung von Treibstoffen setzte ein bisher noch nicht bekanntes Maß der Luftverschmutzung ein. Dabei müssen sowohl die Abgase der chemischen Verarbeitung als auch der Umstand Beachtung finden, daß die Kraftwerks- und Brikettierkapazität für die Versorgung der neuen Anlagen wesentlich erweitert wurde.³⁸ Das Kraftwerk, die Brikettfabriken, die nur zum Teil mit elektrischen Entstaubungsanlagen ausgerüstet waren, das Gaswerk und die Schwelerei emittierten insbesondere Asche, Ruß- und Kohlepartikel, die für jeden leicht als Verschmutzung wahrzunehmen waren sowie große Mengen an Schwefeldioxid und Schwefelwasserstoff im Gemisch mit verschiedenen organischen Schwefelverbindungen sowie Ammoniak. Über die Emissionen selbst lagen leider - anders als bei der Wasserverschmutzung - kaum verwertbare Meßdaten vor, dagegen ist aber hier eine enorme Menge an Beschwerden aktenkundig, die die Einwände gegenüber Wasserverschmutzungen bei weitem übertreffen.

Neben den zahlreichen Beschwerden der Bewohner benachbarter Ortschaften wie Gaulis und Rötha trugen gerade die Beschäftigten des Brabag-Werkes, das unmittelbar neben der ASW gebaut worden war, gesundheitliche Schäden davon. Auch die Betriebsanlagen der Brabag litten beträchtlich unter den Staubablagerungen und korrosionsfördernden Dämpfen aus dem ASW-Betrieb. Nach einem Bericht der Werksleitung vom 11.3.1942 gaben die Luftverhältnisse seit Bestehen des Werkes immer zu Beanstandungen Anlaß. In großem Umfang kamen bei den Beschäftigten vor allem Augenverletzungen durch

³⁶ Ebenda, Jahresbericht 1937, S. 8; Jahresbericht 1940, S. 9.

³⁷ Ebenda, Jahresbericht 1940, S. 10.

³⁸ Zu Aufbau und Erweiterung des Böhlener Werkes: Fritz Hönsch, der Industriekomplex Böhlen - eine ökonomisch-geographische Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der historisch-geographischen Entwicklung, Diss. Potsdam 1968.

Flugstaub vor. Bindehautentzündung, Narbenbildung und Hornhauttrübungen gehörten zu den häufigsten Erkrankungen; 1939 gab es ca. 8000 Fälle. Des weiteren gehörten Katarrhe der Atmungsorgane, Magen- und Darmerkrankungen sowie Kopfschmerzen u.a. dazu.³⁹ Die Brabag registrierte verstärkt gesundheitliche Störungen und erheblichen Arbeitsausfall sowie Minderung der Leistungsfähigkeit im Allgemeinen. Dies ist um so mehr von Bedeutung, als für die Einstellung umfangreiche Tauglichkeitsuntersuchungen vorgenommen und nur Arbeiter mit guter körperlicher Konstitution überhaupt eingestellt wurden. Auch die Werbung um neue Arbeitskräfte gestaltete sich schwierig, obwohl ihnen günstige soziale Bedingungen geboten wurden.

Es ist auffällig, daß bis Mitte der 30er Jahre fast ausschließlich Klagen wegen Sachbeschädigungen, Flurschaden, Ertragsminderung, also wegen materieller Verluste vorgebracht wurden, während seitdem sehr intensiv auch das Problem gesundheitlicher Schädigungen in den Beschwerden auftauchte. Gerade die Ruß- und Flugaschenablagerung, die schon seit längerem existierte, aber mit der neuen Ausbaustufe des Böhlener Standortes eine enorme Zunahme erfuhr, war schon seit geraumer Zeit Gegenstand von zahlreichen Entschädigungsansprüchen aus umliegenden Ortschaften. Doch für die Bewertung und Entschädigung materieller Verluste insbesondere bei landwirtschaftlichen Produkten war ein Zustand, wenn auch nicht des gegenseitigen Einvernehmens, so doch gegenseitig berechenbaren Verhaltens eingetreten. Seit Ende der 20er Jahre hatte sich ein System herausgebildet, nachdem Schäden nach jährlicher Schätzung finanziell oder anderweitig materiell abgegolten wurden. Üblich war z.B. die kostenlose Kohlelieferung oder die Bereitstellung von Rübenblattwaschanlagen für stark verschmutztes Futter. Zu Rechtsstreitigkeiten kam es dabei selten, da die meisten Bauern finanziell nicht in der Lage waren, langwierige Auseinandersetzungen mit den Braunkohlewerken zu führen. Aber auch die Werke waren an einvernehmlichen Lösungen interessiert, um nicht durch Prozesse größeres Aufsehen zu erregen.

Da aber Rauchschäden nicht nur das Problem der Braunkohlenwerke und Kraftwerke waren, hatte die Industrie 1941 an der Bergakademie Freiberg eine Rauchschadenforschungsstelle eingerichtet, so daß bei eventuellen Prozessen versierte Gutachter zur Verfügung standen.⁴⁰ Die Rauchschadenforschung hatte in Sachsen bereits eine lange Tradition. Erkenntnisse über die Schadensbilder von Rauchschäden lagen bereits seit Mitte des 19. Jahrhunderts vor⁴¹, so daß

³⁹ StA Leipzig, Brabag Böhlen Nr.41 Bl. 6f.

⁴⁰ F.-J. Brüggemeier, Th. Rommelspacher, Blauer Himmel über der Ruhr. Geschichte der Umwelt im Ruhrgebiet 1840-1990, Essen 1992, S.60.

⁴¹ Siehe z.B.: J. Schroeder, Die Einwirkungen der schwefligen Säure auf die Pflanzen, in: Tharandter Forstliches Jahrbuch 22 (1872) S. 185-239 und 23 (1873) S. 217-267, A. Stöckardt, Untersuchungen über die schädlichen Einwirkungen des Hütten- und Steinkohlenrauches auf das Wachstum der Pflanzen, insbesondere Fichte und Tanne, in: ebenda 21 (1871) S. 218-254; H. Wislicenus, Resistenz der Fichte gegen saure Rauchgase bei ruhender und bei tätiger Assimilation, in: ebenda 48 (1898) S. 152-172.

die Wirkung beispielsweise des Schwefeldioxids im Wesentlichen bekannt war. Der Nachweis des Verursachers war allerdings inzwischen nicht mehr eindeutig möglich, da auf geringem Raum eine ganze Anzahl braunkohleverarbeitender Betriebe existierte. Immer wieder im Mittelpunkt der Kritik standen die Werke in Böhlen und Espenhain, weil sie als die größten Betriebe dieses Gebietes als Schadensverursacher leichter auszumachen waren. Die Quellsituation für andere zahlreiche Betriebe ist dagegen auffallend dünn. So läßt sich aus der Auswertung des Quellenmaterials der beiden großen Werke lediglich schließen, daß auch der Beitrag der vielen kleinen Betriebe zur Umweltbeeinträchtigung erheblich gewesen sein muß, da sie in der Regel nicht über vergleichbar moderne Anlagen bzw. den finanziellen Spielraum verfügten. Noch einmal im Brennpunkt finden sich die Böhlener Werke gegen Ende des Krieges, als sie insgesamt 13 mal Ziel der alliierten Luftangriffe waren. Immer wieder wurde die Produktion aufgenommen. Unter diesen Umständen konnte allerdings kaum Rücksicht auf Umweltbelange genommen werden, ganz abgesehen von den Schäden, die durch die Zerstörungen selbst angerichtet wurden.

Die sowjetische Besatzungsmacht schränkte dann nach dem Krieg den Handlungsspielraum durch beträchtliche Demontagen weiter ein. Gleichzeitig wurden die noch vorhandenen Anlagen bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit ausgelastet, um die prekäre Versorgungslage zu verbessern.